

Schweizer Sonderrechte für WEF und Nato?

Ewige Globi-Freikarte

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

50 Organisationen geniessen in der Schweiz Steuerfreiheit, Immunität und Unantastbarkeit ihrer Gebäude. 50 mal ein Staat im Staat.



Denn der Bundesrat kann ganz allein – ohne Parlament, ohne Volk – beliebigen Organisationen Privilegien verleihen. Auf der Liste der privilegierten Einrichtungen finden sich eher unbekannte Einrichtungen wie der «Internationale Rat der Flughäfen» oder das «Bertungszentrum für WTO-Recht». Aber auch die Nato

hat ein geschütztes «Verbindungsbüro» in der Schweiz. Obwohl das mit unserer Neutralität kaum vereinbar ist.

Enklaven der Verantwortungslosigkeit

Während jeder Schweizer Bürger für kleinste Vergehen zur Rechenschaft gezogen wird, geniessen andere die totale Verantwortungslosigkeit: Privilegierte ausländische Organisationen nisten sich in der Schweiz ein, zahlen keine Steuern, unterliegen keinem Gerichtsstand, können nicht durchsucht werden, ihre Mitarbeiter brauchen keinerlei Bewilligung – und das alles mit dem Segen des Bundesrates. Es ist ein Staat im Staat – und der Souverän hat nichts dazu zu sagen. Das erinnert mehr an feudale Sonderzonen als an einen modernen Rechtsstaat.

Das «Centre Sud» – ein obskurer Think-Tank

Diverse Organisationen geniessen diese Sonderbehandlung – darunter das WEF, die WHO oder die Impfallianz Gavi. Ein besonders dreistes Beispiel: Das «Centre Sud», ein obskurer Think-Tank einiger Entwicklungsländer. Er darf von Behörden nicht einmal betreten werden – selbst dann nicht, wenn krumme Geschäfte oder Straftatbestände vermutet würden. Gerichtsbarkeit? Fehlanzeige. Steuern zahlen muss er auch keine.

Der «Afghan Fund»

Der Afghan Fund wiederum ist eine Genfer Stiftung, die 3,5 Milliarden US-Dollar afghanischer Devisen verwaltet – blockiert durch die USA, um die Taliban auszuschalten. Offiziell soll das Geld der afghanischen Bevölkerung dienen, faktisch aber ist bisher kaum etwas passiert. Während das Land wirtschaftlich kollabiert, bleibt das Geld wegen politischer Blockaden, rechtlicher Immunität und einem komplizierten Stiftungsmechanismus unangetastet. Das Konstrukt ist rechtlich fragwürdig, intransparent und ein Hohn für ein notleidendes Volk. Eine Stiftung, die helfen soll, aber vor allem sich selbst schützt.

Freipass für alles

Die rechtliche Grundlage für diesen Skandal ist das sogenannte Gaststaatgesetz. Es ist der Freipass für fremde Organisationen, um sich der Schweizer Gerichtsbarkeit, Steuerpflicht und Kontrolle zu entziehen. Der Bundesrat handelt allein – alles läuft über Verwaltungsakte. Es reicht, dass ein Beamter in Bern ein Abkommen unterzeichnet, und schon entsteht ein rechtlicher Sonderstatus. Die Volksrechte? Ausgeschaltet. Das Parlament? Übergangen. Die Öffentlichkeit? Ahnt von nichts.

Ewige Globi-Freikarte

Besonders heikel: Selbst Organisationen mit dubiosen Geldflüssen oder politischen Interessen erhalten diese Vorrechte. Woher kommt das Geld? Wohin fliesst es? Was passiert mit diesen Geldern in der Schweiz? Wer arbeitet dort? Niemand weiss es, niemand darf es prüfen. Der Bundesrat erteilt eine Art diplomatischen Blankocheck. Es ist wie damals in «Globi der Held»: Globi durfte er einen Tag lang tun und lassen, was er wollte, ohne dafür bestraft zu werden. Unsere Gaststaat-Organisationen dürfen jeden Tag im Jahr machen, was sie wollen, immer.

Keine rechtsfreien Räume im Namen der Diplomatie

Dieses Gesetz gehört auf den Prüfstand. Und wenn der Bundesrat meint, es brauche solche Vorrechte, dann soll er dafür vors Volk gehen. Bis dahin gilt: Keine Privilegien ohne Kontrolle, keine Immunität ohne Gegenleistung. Und keine rechtsfreien Räume im Namen der Diplomatie!

Hermann Lei

Churz & Bündig

In den schwierigen, für unser Land indessen äusserst wichtigen Verhandlungen mit den USA bleibt eine Persönlichkeit überraschenderweise völlig stumm: Bundesrat Ignazio Cassis, Chef des Departements für Auswärtiges. Dafür schwingt sich Cassis, Aussenminister der neutralen Schweiz, dazu auf, sich bezüglich Gaza-Krieg offen gegen Israel zu stellen, was dessen Verbündeten, die USA, zweifellos vor den Kopf stösst. Weshalb diese gezielte Denunzierung zum Schaden der Schweiz? Will Cassis damit die USA zu weiteren Massnahmen gegen unser Land provozieren, damit er die Schweiz um so hindernisfreier der EU unterwerfen kann? Wie dem auch sei: Die Uhr von Ignazio Cassis als Aussenminister ist abgelaufen.

us